

Stipendiatenkolloquium der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 19. - 21. Januar 2017, Ringberghotel Suhl

Protokoll von Anne Wanner (Wien)

Von 19. bis 21. Januar trafen sich die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur geförderten Promotionsstipendiaten, um ihre Dissertationsprojekte sowie ihren erreichten Arbeitsstand zu präsentieren. Unter der Leitung von Dr. Ulrich Mähler, in der Stiftung zuständig für Wissenschaft und internationale Zusammenarbeit, diskutierten insgesamt 25 Teilnehmer – darunter auch einige ehemalige Stipendiaten der Stiftung – über die acht aktuell geförderten Promotionsvorhaben.

Bereits zum fünften Mal fand das Stipendiatenkolloquium im Ringberghotel in Suhl im Rahmen der Geschichtsmesse statt. Die Teilnehmer hatten so wiederum die Möglichkeit, an zentralen Programmpunkten der Geschichtsmesse teilzunehmen. Die stand in diesem Jahr unter dem Titel „Kommunismuserbe – Populismus – Extremismus: Herausforderungen für die historische Aufarbeitung und die Demokratien in Europa“. Sie nahm den 100. Jahrestag der Oktoberrevolution in Russland zum Anlass, nach dem Erbe des Kommunismus in Europa zu fragen. Gleichzeitig lag der Fokus aber auch auf der Frage, welchen Herausforderungen sich die historische Aufarbeitung angesichts aktueller Gefährdungen der Demokratie stellen muss.

Das Kolloquiumsprogramm und die Präsentation der aktuellen Promotionsprojekte begannen am Donnerstagabend mit zwei in der Zeitgeschichte angesiedelten Vorträgen zu den Themenkomplexen Lateinamerika bzw. Spanien und die DDR. Den Anfang machte in diesem Jahr **Victor Manuel Lafuente** mit der Vorstellung seines Projekts „**Die Beziehungen zwischen der SBZ/DDR und Argentinien. Internationale Akteure 1945 und 1990**“. Lafuente befindet sich im zweiten Förderjahr und hat bereits umfangreiches Archivmaterial ausfindig gemacht und ausgewertet. Im Kolloquium stellte er zunächst den theoretischen Ansatz vor, mit dem er sich den zentralen Fragestellungen in seiner Dissertation nähern möchte. Anhand der ökonomischen Beziehungen zwischen Argentinien und der DDR will er eine Mikrosoziologie

der internationalen Beziehungen der beiden Staaten im Kalten Krieg schreiben. Dabei soll vor dem Hintergrund der jeweiligen politischen Entwicklungen in Argentinien und der DDR vor allem nach der Interaktion verschiedenster gesellschaftlicher und politischer Akteure und der so entstehenden Dynamik in den bilateralen Beziehungen im Bereich der Wirtschaft gefragt werden. In der anschließenden Diskussion wurde angeregt, die übergeordnete Fragestellung weiter konsequent zu spezifizieren, ggf. sogar den zeitlichen Rahmen noch etwas weiter einzugrenzen. Darüber hinaus regten die Diskutanten an, die bisher streng chronologische Gliederung des Dissertationsvorhabens „aufzubrechen“ und sich stattdessen auf einzelne Themenkomplexe zu fokussieren und diese jeweils über einen bestimmten Zeitraum zu untersuchen. Des Weiteren könnten verschiedene Akteure wie deutsche Emigranten oder Angehörige der Handelsvertretungen gut herangezogen werden, um die Mikroebene der ostdeutsch-argentinischen Beziehungen zu illustrieren. Außerdem wurde auch ein Blick auf die sowjetische Südamerikapolitik empfohlen, da die DDR selten ohne Absprache mit Moskau auf dem internationalen Parkett agieren konnte.

Feindschaft und Freundschaft im Kalten Krieg. Die DDR und Spanien 1973-1990 lautet der Titel des von **Jenny Baumann** vorgestellten Promotionsprojekts im ersten Förderjahr. Baumann betonte zunächst, dass die Kulturbeziehungen zwischen dem SED-Staat und Spanien, die sie ins Zentrum ihrer Untersuchung stellt, bisher ein absolutes Desiderat in der Geschichtsforschung darstellen. Ziel des Projekts ist es, diese Forschungslücke zu schließen. Ihren Vortrag eröffnete Baumann mit einem Musiktitel. 1977 kehrte die spanische Kommunistin Dolores Ibarruri aus dem Exil zurück nach Spanien. Diesem Ereignis widmete der Singer-Songwriter Victor Manuel San José den Titel „Veremos a Dolores“. Das Album, auf dem diese Aufnahme zu hören war, konnte jedoch auch in Spanien der „Transición“ nicht erscheinen und so fungierte die SED sozusagen als Plattenlabel für den spanischen Künstler. Dies sei, so Baumann, umso verwunderlicher, als die ostdeutsche Parteiführung nicht völlig einverstanden mit der iberischen Auslegung des Kommunismus gewesen sei. Dieser Fall, so die Referentin, könne als symptomatisch für die nicht immer unproblematischen (Kultur-)Beziehungen zwischen der DDR und Spanien gesehen werden. Das Dissertationsprojekt widmet sich genau diesen immer wieder auftretenden Ambivalenzen im ostdeutsch-spanischen Verhältnis der 1970er und 1980er Jahre. Der erste Teil der Arbeit vergleicht die Funktionsweisen der beiden Diktaturen und stellt die inneren Diskurse, die mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten begannen, in den Vorder-

grund. Der zweite Teil widmet sich vor allem dem ostdeutschen Engagement in Spanien nach Francos Tod 1975. Baumann operiert dabei mit dem theoretischen Ansatz der „New Diplomacy“. Interviews mit ehemaligen Botschaftsangehörigen und Mitgliedern der jeweiligen „Freundschaftsvereine“ sollen über die durch Archivgut zu erschließende politische Akteurs-ebene hinaus erweiterte Einblicke liefern. Schlussendlich soll danach gefragt werden, ob der Zusammenbruch der SED-Diktatur und die deutsche Wiedervereinigung einen Bruch für die Kulturbeziehungen bedeutete oder ob sich bereits genknüpfte Netzwerke erhielten und weiterentwickelten. Die anschließende Diskussion war vor allem von inhaltlichen Nachfragen, etwa zur gesellschaftlichen Tiefenwirkung der Kultur- und „Freundschaftsbeziehungen“ oder zur Rolle der Bundesrepublik, die ebenfalls seit Mitte der 1970er Jahre diplomatische Beziehungen mit Spanien unterhielt, geprägt.

Den zweiten Kolloquiumstag eröffnete **Lilith Buddensiek** mit der Präsentation ihres Projekts **„Mord und Totschlag“ oder „wirkliche Erneuerung“? Private Einsicht in die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Mittel der Diktaturaufarbeitung.** Buddensiek, die sich im zweiten Förderjahr befindet, stellte erste Forschungsergebnisse aus den bisher unternommenen Archivrecherchen und Diskursanalysen vor. Während im Herbst 1989 die Forderung nach Akteneinsicht noch kaum eine Rolle bei den Demonstranten in der DDR spielte, wuchs das Interesse nach der Besetzung der Stasi-Zentrale an der privaten Einsichtnahme sprunghaft. Nach und nach wurde das Ausmaß der Bespitzelung durch das MfS deutlich. Im öffentlichen Diskurs seien aber häufig Einzelschicksale pauschalisiert worden und dies habe die Vorstellung vom „Spitzelstaat DDR“ und der „totalen Überwachung“ befördert. Darüber hinaus habe die öffentliche Auseinandersetzung mit der privaten Akteneinsicht teils sogar dazu geführt, dass ehemalige DDR-Bürger beinahe enttäuscht darüber gewesen seien, dass über sie keine „eigene“ Stasi-Akte vorhanden war. Der mediale Diskurs habe damit eher zur Aufblähung als zur Dekonstruktion des omnipräsenten Stasi-Staates-Mythos beigetragen. Die Gründung der BStU markierte dann den Versuch einer Professionalisierung im Umgang mit dem brisanten Material. Eine Betreuung der Einsicht Nehmenden durch die BStU in psychologischer Hinsicht sei dabei aber nie das Ziel der Behörde gewesen, die sich lediglich als „Auskunftsbehörde“ verstehe. Die Diskussion drehte sich im Folgenden vor allem um die von Buddensiek vorgenommene Kategorisierung der durch Überwachungsmaß-

nahmen Betroffenen in „geringfügig“ und „massiv“ und darum, ob hier eine weitere Ausdifferenzierung sinnvoll oder gar notwendig wäre. Angedacht wurde außerdem ein stärkerer Fokus auf die Institutionsgeschichte der BStU. Gleichzeitig könnte auch ein Blick auf die Handlungsspielräume und die Praxis der Behördenmitarbeiter weiterführende Erkenntnisse liefern. Wer durfte wann welche Akten einsehen? Wie wirkte sich dies auf die öffentliche Wahrnehmung der Stasi-Thematik aus?

„Die ausgestellte Aufarbeitung. Die künstlerische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit anhand von ausgewählten Ausstellungen in der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik. Unter diesem Titel untersucht Florian Korn's Dissertationsprojekt, mit dem er sich im ersten Förderjahr befindet, den Umgang mit der NS-Vergangenheit in kulturpolitisch relevanten Ausstellungen zeitgenössischer Kunst in beiden deutschen Staaten. Ziel des Projekts ist ein synchroner Vergleich, in dem sich Korn seinem Untersuchungsgegenstand sowohl mit kunsthistorischen als auch mit geschichtswissenschaftlichen Methoden nähern möchte. Zu Beginn seines Vortrages stellte er eine kleine Auswahl an künstlerischen Werken vor, die in seinen Untersuchungsbereich fallen. Darunter etwa das Gemälde „Der Wille zur Macht“ des westdeutschen Künstlers Konrad Klapheck von 1959, das sich mit dem Phänomen „Schreibtischtäter“ auseinandersetzt. Das Werk war Bestandteil der bundesrepublikanischen Kunstausstellung didacta in Kassel 1959. Auf Bezirksausstellungen in Dresden, Leipzig oder Rostock konnten die ostdeutschen Besucher wiederum Werke wie Bernhard Heisigs „Unterm Hakenkreuz“ sehen, das das Inferno des Zweiten Weltkrieges nachzeichnet. Anhand dieser und zahlreicher anderer zeitgenössischer Kunstwerke will Korn Unterschiede, Interdependenzen und Gemeinsamkeiten bei der unterschiedlichen Auseinandersetzung mit der gemeinsamen NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik und in der DDR herausarbeiten. Sein Ziel ist es, die heterogene künstlerische Beschäftigung sowie deren kulturpolitische Verarbeitung in Ausstellungen zu analysieren, zu kategorisieren und hinsichtlich ikonographischer Entwicklungen zu untersuchen. Als Quellen dienen hierzu Ausstellungskonzepte und Kataloge. Besucherbücher und mediale Echos beleuchten darüber hinaus die Rezeptionsebene. Diese Quellen sollen außerdem Aufschluss darüber geben, wie die künstlerische Auseinandersetzung und deren Ausstellung nach außen wirkten und welche Folgen sich daraus für den weiteren Diskurs über die nationalsozialistische Vergangenheit ergaben. Diskutiert wurde vor allem über die Vergleichbarkeit von in der DDR als „Auftragskunst“ entstandenen Werken und den in der Bundesrepublik ohne direkte politische

Einflussnahme geschaffenen zeitgenössischen Kunstwerke. Darüber hinaus wurde vorgeschlagen, eine schärfere Kontextualisierung durch die politischen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Im Anschluss präsentierte **Marco Brödel** sein in der Zeitgeschichte verortetes Dissertationsvorhaben **„Antifaschistische Widerstandskämpfer“ im Ministerium für Staatssicherheit – „Im Kampf bewährte Genossen“ oder Sicherheitsrisiko?** Brödel befindet sich im zweiten Förderjahr und konnte daher bereits erste Forschungsergebnisse vorstellen. Ausgangspunkt seiner Recherchen ist eine Mitte der 1980er Jahre angelegte interne Kartei der Staatssicherheit, in der die „antifaschistischen Widerstandskämpfer“, die hauptamtlich für das MfS tätig waren, aufgeführt sind. Insgesamt handelt es sich dabei um mehr als 750 Personen, die den Nationalsozialismus in der Illegalität, in Konzentrationslagern und Zuchthäusern, im sowjetischen Exil, als Partisanen und Mitglieder der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg gegen Francos Truppen, in Kriegsgefangenschaft oder in der Westemigration durchlebt hatten. Der Referent verwies explizit auf die fragwürdige Zusammenfassung dieser extrem heterogenen Gruppe als „Widerstandskämpfer“. Ziel seines Forschungsvorhabens sei es darum einzelnen Biographien im Detail vorzustellen und sich dabei sowohl „idealtypischen“ als auch „abweichenden“ Fällen zu widmen. In der anschließenden Diskussion wurde der Vorschlag gemacht, stärker auf die Vorgeschichte und die Gründungsphase des Ministeriums für Staatssicherheit einzugehen da der von Brödel untersuchte Personenkreis in dieser Phase eine tragende Rolle spielte. Eine Untersuchung der damals statt findenden Kadersäuberungen gäbe zudem darüber Aufschluss, wer es in den Überwachungsapparat hinein schaffte und wer außen vor blieb. Netzwerke, Seilschaften, politische Entwicklungen und die Handlungsspielräume bestimmter Personengruppen könnten dann für die Folgezeit untersucht werden. Angeregt wurde auch vielleicht nicht mehr die vom Ministerium für Staatssicherheit geschaffene Bezeichnung „antifaschistischer Widerstandskämpfer“ zu verwenden, sondern den Blick zu weiten und die Gründergeneration des MfS zu untersuchen. So entginge Brödel auch der Gefahr, von der Staatssicherheit selbst geprägte Begriffe in seine Analyse zu übernehmen und als Forschungskategorien anzuwenden. Die ausgewählten Fallbeispiele könnten, so das Plenum, außerdem nicht isoliert, sondern stattdessen in ihrer Beispielhaftigkeit einzelnen thematischen Kapitel vorangestellt werden.

Vom Germanenerbe zum Urkommunismus. Wandel und Beständigkeit von Urgeschichtsbildern in Museumsausstellungen der SBZ/DDR unter diesem Titel stellte **Arne Lindemann** sein museumsgeschichtliches Dissertationsprojekt vor. Seine Archiv- und Literaturrecherchen hat Lindemann bereits vollständig abgeschlossen und konnte daher dem Kolloquium konkrete Forschungsergebnisse vorstellen.

Anhand von sogenannten Drehbüchern und dokumentarischen Fotos der Urgeschichtsabteilung des Museums für Deutsche Geschichte in Ost-Berlin sowie der Dauerausstellungen verschiedener ostdeutscher Landesmuseen will Lindemann konkret aufzeigen, wie sich das Urgeschichtsbild in den Museen nach dem Zweiten Weltkrieg wandelte. Welche theoretischen Modelle lagen den Ausstellungen zugrunde? Mit welchen Präsentationstechniken versuchte man, das marxistische Urgeschichtsbild zu vermitteln? Nach dem Zweiten Weltkrieg grenzten sich die ostdeutschen Urgeschichtler zwar vom Germanenkult und der Kriegstreiberei des Nationalsozialismus ab und stellten Themenkomplexe wie Völkerfreundschaft in den Vordergrund – dennoch ließen sich, vor allem im Museumsbereich, einige Kontinuitäten für die Zeit der SBZ/DDR nachweisen. Museumsdirektoren blieben nach 1945 häufig im Amt und durch die finanziell oft schwierige Lage der Museen ließ eine Entnazifizierung der Urgeschichte häufig auf sich warten. Das Forschungsvorhaben hat vor diesem Hintergrund zum Ziel, die zeitgeschichtliche Zäsur 1945 zu hinterfragen und Kontinuitätsstränge über Systemumbruch und gesellschaftspolitischen Wandel zu verfolgen. Die anschließende Diskussion drehte sich, von Lindemann selbst angestoßen, vor allem um die Gliederung und Kapitelgewichtung der Doktorarbeit. Gefragt wurde vor allem nach den fachinternen Auseinandersetzungen im Bereich der Ur- und Frühgeschichte. Deutsch-deutsche Begegnungen in diesem Bereich spielten, so erläuterte Lindemann in der Diskussion, keine übergeordnete Rolle. Er strebe keinen Vergleich mit der Bundesrepublik an, sondern möchte lediglich einzelne thematisch sinnvolle Bezüge herstellen.

Weiter ging es mit **Philipp Schultheiß** Projekt **„Opfer-/Täterdynamiken in Transitional Justice Prozessen. Ehemalige Offiziere der Nationalen Volksarmee (NVA) als diskursives Subjekt und Objekt der DDR-Aufarbeitung“**. Das in der Friedens- und Konfliktforschung beherrschte Dissertationsvorhaben befindet sich im zweiten Förderjahr. Der 60. Jahrestag der Gründung der NVA am 1. März 2016, so führte Schultheiß aus, fand in den Medien nahezu kein Echo. Die Berichterstattung beschränkte sich im Wesentlichen auf einen Artikel in der

Jungen Welt, der sich ausführlich mit der „Armee des Friedens“ beschäftigte. Weshalb aber spielte und spielt die NVA in den öffentlichen Aufarbeitungsdiskursen der SED-Diktatur eine solch marginale Rolle? Antworten hierauf will Schultheiß einerseits mit einer Diskursanalyse von Presseartikeln und der Auswertung von Online-Foren, in denen sich ehemalige NVA – Angehörige austauschen, finden. Andererseits untersucht er Schulbücher, in denen die Nationale Volkarmee thematisiert wird. Er begreift diese als staatlich sanktionierte Medien be, in denen ein bestimmtes Bild von „Friedensarmee“ des SED-Staates vermittelt werden soll. Darüber hinaus sollen Spielfilme wie „NVA“ oder „Der Turm“ herangezogen werden um das medial geformte Bild der NVA zu untersuchen. Problematisiert wurde in der Diskussion vor allem der Quellenkorpus „Onlineforum“ sowie Schultheiß geplante Durchführung von Expertendiskussionen mit mehreren ehemaligen NVA-Angehörigen, von denen sich Schultheiß einen Einblick in die Selbstzuschreibung verschiedener Akteure erhofft. Angeregt wurde, sich ggf. Lehrmaterial der Bundeswehr über die NVA anzuschauen. Dies könnte eine erweiterte Perspektive auf dem Umgang mit der NVA und ihren in die Bundeswehr übernommenen Soldaten liefern.

Den Abschluss des diesjährigen Stipendiatenkolloquiums bildete **Raphael Schlattmans** Vortrag zu seinem im ersten Förderjahr befindlichen Projekt „ **Pamenides, Engels, Einstein – Kontinuität und Wandel ostdeutscher Gravitationsforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft, Philosophie und Politik**“. Das in der Wissenschaftsgeschichte verortete Vorhaben befasst sich damit, ob und in welchem Umfang die durch die DDR-Führung offiziell legitimierte Geisteshaltung die Praxis gravitationsphysikalischer Forschung mitformte. Im 19. Jahrhundert geprägte physikalische Rahmenbegriffe wie Zeit, Raum, Kosmos oder Materie waren mit der marxistischen Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie nur schwer in Einklang zu bringen. Anhand des Denkkollektivs um den ostdeutschen Gravitationsforscher Hans-Jürgen Treder will Schlattmann die Zwänge und Handlungsspielräume der Forscher aufzeigen und herausarbeiten, wie sie die Integration sozialistischer Denkmuster in physikalische Forschungs- und Theorieprozesse ablehnten oder bewältigten. Angeregt wurde in der anschließenden Diskussion, sich der Person Treder auch biographisch zu nähern und beispielsweise seine Stasi-Akte heranzuziehen um Auskunft darüber zu erhalten, wie die Staatsführung den Physiker einschätzte. Außerdem sei interessant, wie sich Treder nach 1989 zu seinen vorherigen Publikationen äußerte. Darüber hinaus kam die Frage auf, ob Treders Rolle im sozialistischen Wissenschaftsbetrieb singulär war oder ob sein Verhalten eventuell sogar verallge-

meinerbar ist und als Handlungsanleitung für weitere Wissenschaftler diene. Empfohlen wurde, Interviews mit ehemaligen Mitarbeitern aus Treders Arbeitsgruppe zu führen. All dies könne, vor allem da seine Publikationen wenig Aufschluss über seine tatsächliche Haltung gegenüber dem SED-Regime geben, ergänzende Einblicke gewähren.

In einer kurzen Abschluss- und Feedbackrunde bedankten sich alle Teilnehmer für die Einladung nach Suhl. Aktuell geförderte und „alte“ Stipendiaten bekräftigten die Sinnhaftigkeit des Austauschs untereinander. Bedauert wurde allerdings, dass eine solche Zusammenkunft lediglich einmal jährlich stattfindet. Als Möglichkeiten für einen erweiterten Austausch wurden Facebook-Gruppen oder auch die Durchführung von Methodenworkshops im Sinne von Schreibwerkstätten oder ähnlichem genannt.